

## Deutsch-österreichisch-ungarischer Wirtschaftsverband.

Berlin, 25. Februar.

Der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband trat heute unter Vorsitz des Vizepräsidenten des Reichstages Paasche zu einer Vollsitzung zusammen, in der außer überaus zahlreichen Mitgliedsfirmen aus allen Kreisen des Handels und der Industrie Deutschlands auch eine Reihe von dem Verbands angeschlossenen Handelskammern sowie eine größere Zahl von Fachverbänden vertreten waren. Auch Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, darunter des Reichswirtschaftsamtes, des Reichsschatzamtes, des Handelsministeriums, des Finanzministeriums und des Kriegsministeriums nahmen an der Versammlung teil.

In der Versammlung wurden die durch den Friedensvertrag mit der Ukraine geschaffenen rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse einer eingehenden Erörterung unterzogen. Nach einem einleitenden ausführlichen Bericht des Mitgliedes der Zweiten sächsischen Ständekammer, Kommerzienrates Claus, und nach einer ausführlichen Besprechung, an der unter andern der frühere Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern

Dr. Richter, Professor Dr. van Kammen (deutscher Forstwirtschaftsrat), Kommerzienrat Gauthsch (Handelskammer München) und Landtagsabgeordneter Professor Dr. Bredt (Marburg) sich beteiligten, billigte die Versammlung vollständig die einschlägigen Bestimmungen des ukrainischen Friedensvertrages, durch welche für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Oesterreich-Ungarn völlig freie Bahn geschaffen wurde.

Im Sinne der bei den früheren gemeinsamen Tagungen mit dem Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverband und dem Ungarisch-deutschen Wirtschaftsverband gefaßten Beschlüssen sprach sich der Verband erneut für ein Wirtschaftsbündnis der beiden Centralmächte und für eine vertragsmäßig auf lange Dauer gesicherte Gemeinsamkeit der Handelspolitik aus. Es solle auf Grund eines einheitlichen Zolltariffschemas ein einheitlicher Zolltarif vereinbart werden, dessen Zollsätze nicht durchwegs die gleichen für beide Gebiete zu sein brauchen. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß eine wesentlich vermehrte Freiliste für den wechselseitigen Verkehr in Aussicht genommen werde, doch sei dem bei den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der zwei Gebiete sich ergebenden besonderen Schutzbedürfnisse einzelner Warengruppen durch Ausgleichszölle Rechnung zu tragen.

Aus den Kreisen der Mitglieder des Verbandes wurde ferner wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung den Interessenten Gelegenheit geben möge, vor der Festsetzung wirtschaftlicher Abmachungen mit der Nachbarmonarchie ihre Wünsche bekanntzugeben.